



## Medienmitteilung

Datum: 24. September 2024  
Sperrfrist:

---

### **Kollektivunterkunft in Giswil wird weiterhin genutzt**

**Eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in der Ukraine ist nicht absehbar. Der Schutzstatus S für Schutzsuchende aus der Ukraine wurde deshalb vom Bund bis März 2026 verlängert. Der Regierungsrat des Kantons Obwalden stellt sicher, dass ukrainische Flüchtlinge so lange wie notwendig in der Kollektivunterkunft Giswil untergebracht und betreut sind. Zudem wird das Hotel Krone in Giswil weiterhin als Kollektivunterkunft genutzt.**

Seit Kriegsbeginn im Jahr 2022 wurden dem Kanton Obwalden 419 Schutzsuchende zugewiesen, von in der Schweiz insgesamt rund 94 000 Menschen mit gewährtem Schutzstatus. Ein Teil dieser Schutzsuchenden ist bereits wieder ausgewandert. Der Schutzstatus S gilt bis zur Aufhebung durch den Bundesrat. Eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in der Ukraine ist nicht absehbar. Deshalb wurde der Schutzstatus S für Schutzsuchende aus der Ukraine durch den Bundesrat bis am 4. März 2026 verlängert.

#### **Kollektive Unterbringung bewährt sich**

Der Regierungsrat verlängert ab 1. Januar 2025 die Sicherstellung der Unterbringung und Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge in der Kollektivunterkunft in Giswil. Die Unterbringung in kollektiven Strukturen hat sich seit 2022 bewährt. Das Hotel Krone in Giswil wird weiterhin als Kollektivunterkunft genutzt.

#### **60 Prozent der Schutzsuchenden nach wie vor in privaten Unterkünften**

Laut Prognose des Bundes ist ein unmittelbares Ende des Krieges in der Ukraine vorderhand nicht absehbar. Experten gehen davon aus, dass der Krieg noch Monate oder gar Jahre anhält - bei gleichbleibender Intensität des Konflikts. Ausgehend von dieser Prognose wird für das Jahr 2025 mit durchschnittlich 230 in Obwalden unterzubringenden Schutzsuchenden gerechnet. Aktuell halten sich in Obwalden 220

Personen mit Schutzstatus S auf. Davon sind 90 Personen (40 Prozent) in der Kollektivunterkunft Krone Giswil und 130 Personen (60 Prozent) in privaten Unterkünften untergebracht.

„Es ist erfreulich, dass die Zahl der Schutzsuchenden, die in privaten Unterkünften leben, bisher konstant blieb“, führt der Vorsteher des Sicherheits- und Sozialdepartement Christoph Amstad aus. „Die Plätze bei Privaten sind ein wichtiger Bestandteil für die Bewältigung dieser Krise und wir danken für die wertvolle Unterstützung.“ Ein weiterer Vorteil der Unterbringung in privaten Unterkünften ist die bessere Verteilung der Schutzsuchenden auf die Gemeinden.

Kontakt für Rückfragen der Medien:

Regierungsrat Christoph Amstad, Vorsteher Sicherheits- und Sozialdepartement  
041 666 62 19, erreichbar: Dienstag, 24. September 2024, 11.00 bis 12.00 Uhr